



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Ingold François

2022-CE-117

PKSPF und problematische Anlagen in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine

I. Anfrage

Am 28. Februar 2022 übernahm der Bundesrat die Sanktionspakete, die die EU am 23. und 25. Februar 2022 als Reaktion auf die militärische Intervention Russlands in der Ukraine erlassen hatte.

Am 1. März 2022 schrieb die französischsprachige Tageszeitung *le Nouvelliste*, die Schweizerische Nationalbank überlege sich die Veräusserung der russischen Wertpapiere in ihrem Portefeuille in einem Wert von mindestens 100 Millionen Franken.

Zur gleichen Zeit gab die Pensionskasse des Bundes Publica der Wirtschaftszeitung AGEFI gegenüber bekannt, sie wolle ihre russischen Investitionen im Umfang von 170 Millionen Franken (0,5 % ihres Vermögens) stoppen. AGEFI berichtete auch, die Pensionskasse des Kantons Genf (CPEG) habe beschlossen, ab dem 24. Februar aufgrund dieses Konflikts alle ihre Investitionen einzufrieren.

Der Bundesrat hat am 4. März 2022 die Totalrevision der «Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine» genehmigt und damit weitere Sanktionspakete der Europäischen Union gegenüber Russland übernommen.

So ist es verboten, «öffentliche Finanzmittel oder Finanzhilfen für den Handel mit oder Investitionen in Russland bereitzustellen [...]. Weitere Massnahmen im Finanzbereich betreffen Wertpapiere, Darlehen sowie die Entgegennahme von Einlagen. Auch sind Transaktionen mit der russischen Zentralbank nicht mehr erlaubt (admin.ch). »

Offensichtlich wird es fast unmöglich, mit Russland und Weissrussland Handel zu treiben. Es herrscht jedoch grosse Intransparenz über die bei uns verwalteten Investitionen. Ich denke dabei namentlich an die Pensionskasse des Staates Freiburg, die sich bisher nicht dazu geäussert hat und auch keine News dazu auf ihrer Website veröffentlicht hat.

1. Hält die PKSPF Anlagen, die mit Blick auf den Krieg in der Ukraine problematisch sind?
2. Wenn ja, welche Politik verfolgt die PKSPF im Umgang mit solchen problematischen Aktiven?

25. März 2022

II. Antwort des Staatsrats

Einleitend weist der Staatsrat darauf hin, dass die Vermögensverwaltung der Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (PKSPF) unabhängig und mit dem alleinigen Ziel der Erreichung ihrer Vorsorgeziele betrieben wird. Nun zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

1. Hält die PKSPF Anlagen, die mit Blick auf den Krieg in der Ukraine problematisch sind?

Die PKSPF war vor dem Konflikt über international diversifizierte Anlagefonds, von denen einige auch russische Wertpapiere enthielten, sowie im Rahmen eines einer Bank erteilten diskretionären Vermögensverwaltungsmandats Russland gegenüber exponiert. Die Anlagepolitik, die sie vor dem Konflikt verfolgte, war eine internationale Diversifizierung mit einem geringen Engagement in Schwellenländern wie Russland. Der aktuelle Wert der russischen Wertpapiere beträgt 1,4 Millionen Franken oder 0,02 % des Vermögens der PKSPF und betrifft Obligationen, die von russischen Unternehmen ausgegeben wurden und hauptsächlich in den Anlagefonds und marginal im oben erwähnten Verwaltungsmandat enthalten sind.

2. Wenn ja, welche Politik verfolgt die PKSPF im Umgang mit solchen problematischen Aktiven?

Die PKSPF hält russische Wertpapierbestände, ohne dass sie diesen Umstand kurzfristig beeinflussen kann. Die Anlagepolitik der PKSPF und ihrer Vermögensverwalter schliesst nun Wertpapiere aus, die von internationalen Sanktionen betroffen sind, darunter auch russische Wertpapiere; diese Politik kann jedoch aufgrund des ausgesetzten Handels dieser Wertpapiere an den Finanzmärkten nicht sofort umgesetzt werden. Die Vermögensverwaltungsgesellschaften wollen diese Wertpapier gemäss ihren Angaben in den kommenden Monaten entsprechend den sich auf den Märkten bietenden Möglichkeiten abstossen.

16. Mai 2022